

Dokumentation

„So machen wir das“ Workshops und Konferenz zum Engagement für und mit Geflüchteten

17. / 18. Oktober 2016 – Berlin



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Wir sind's!

Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

Impressum

„So machen wir das“
Workshops und Konferenz zum
Engagement für und mit Geflüchteten
am 17. / 18. Oktober 2016
im Nachbarschaftshaus Urbanstraße sowie
in der Werkstatt der Kulturen, Berlin.

Konferenzkonzeption und Umsetzung

Arbeitsgruppe des Projektes „Koordination,
Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen
Engagements für Flüchtlinge“
Stefan Paul Kollasch (Der Paritätische – Gesamtverband)
Susanne Beyer (Arbeiterwohlfahrt)
Elena Knežević (Deutscher Caritasverband)
Eva Adams (Deutsches Rotes Kreuz)
Lorenz Hoffmann (Diakonie Deutschland)
Beate Selders (Informationsverbund Asyl und Migration)

Dokumentation

Herausgeberin:
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW)
Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

Konzeption:
Arbeitsgruppe des Projektes „Koordination,
Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen
Engagements für Flüchtlinge“

Redaktion:
good.matters (www.goodmatters.net)
Christiane Schwausch und Jonathan Buhl

Gestaltung:
good.matters

Bilder:
Dirk Hasskarl (www.hasskarl.de)

Dezember 2016



Weiterführende Informationen unter:
www.fluechtlingshelfer.info

Inhalt

Grußworte	2
Grußwort von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock	2
Grußwort von Staatsministerin Aydan Özoğuz	4
Zusammenfassungen der Workshops	6
Workshop 1: Engagement und Partizipation geflüchteter Menschen	6
Workshop 2: Herausforderungen und Best Practice der Flüchtlingsunterstützung im ländlichen Raum	7
Workshop 3: Zivilgesellschaft und Kommunen: Erfahrungen der Zusammenarbeit und gesellschaftliche Chancen der Flüchtlings-solidaritätsarbeit	8
Workshop 4: Konzepte zur Koordinierung und Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsunterstützung	9
Workshop 5: Ehrenamtliches Engagement und Asylrecht – Fallbeispiele und die Auswirkungen auf die Praxis	10
Die Perspektive der Projekte	11
Projekt 1: Wegweiser: MentorInnen für Flüchtlinge	11
Projekt 2: Fachbegleitung Ehrenamt und Flüchtlingshilfe in der Region Hunsrück/ Mosel	12 13
Projekt 3: Kulturbuddys	13
Projekt 4: „HerzlichAnkommen“-Rostock – Aus Helfer/-innen werden Ehrenamtliche	14
Projekt 5: Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen	14 15
Podiumsgespräch: Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Projekten	16
Die Perspektive von Geflüchteten und Ehrenamtlichen	20
Podiumsgespräch und Publikumsdiskussion zum Filmprojekt „Blickwechsel: Welche Hilfe heißt Willkommen?“	20 20
Die Perspektive der Wissenschaft	22
Dr. J. Olaf Kleist, Universität Osnabrück	22
Prof. Dr. Paul-Stefan Roß, Hochschule Baden-Württemberg	23
Fragen aus dem Publikum	24
Impressionen	26

Grußwort von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
ich freue mich, Ihnen die Dokumentation unserer
„So machen wir das!“ – Konferenz zum Engage-
ment für und mit Geflüchteten zu präsentieren,
die am 17. und 18. Oktober 2016 in Berlin
stattfand. Auf den folgenden Seiten finden Sie
Erkenntnisse aus dem Projekt „Koordinierung,
Qualifizierung und Förderung des ehrenamtli-
chen Engagements für Flüchtlinge“, das von der
Beauftragten der Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin
Aydan Özoğuz finanziert und von den Spitzenver-
bänden der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt
wird.

Auf der Konferenz wurde das ehrenamtliche
Engagement aus den Perspektiven der einzelnen
Projekte, der Geflüchteten und Ehrenamtlichen
sowie der Wissenschaft beleuchtet. Außerdem
sind in fünf verschiedenen Workshops Best
Practices, Herausforderungen nebst Forderungen
formuliert worden.

Die Themen der Workshops waren:

- „Engagement und Partizipation geflüchteter Menschen“,
- „Herausforderungen und Best Practice der Flüchtlingsunterstützung im ländlichen Raum“,
- „Zivilgesellschaft und Kommunen: Erfahrungen der Zusammenarbeit und gesellschaftliche Chancen“,
- „Konzepte zur Koordinierung und Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsunterstützung“ sowie
- „Ehrenamtliches Engagement und Asylrecht – Fallbeispiele und Auswirkungen auf die Praxis“.

Es hat sich ganz deutlich gezeigt: Ehrenamtliche Arbeit ist dann gewinnbringend für alle, wenn sie hauptamtlich begleitet und qualifiziert wird, wenn auch die Geflüchteten als Akteure beteiligt werden und ihre Erfahrungen weitergeben können.

„All die ehrenamtlich
Tätigen sind es, die das helle
Deutschland zeigen.“

Es lohnt sich, den eingeschlagenen Weg der Förderung ehrenamtlichen Engagements fortzusetzen, denn all die ehrenamtlich tätigen Menschen sind es, die das helle Deutschland zeigen.

Die Bilder des Herbst 2015 hatte ich mir in ihrer sozialen Dramatik in Deutschland so nicht mehr vorstellen können. Es war in zweierlei Weise tief anrührend: Zum einen die Not und die offensichtliche Hilfsbedürftigkeit der Menschen, die zu uns kamen – und auf der anderen Seite das Ausmaß und die Art und Weise, wie geholfen wurde. Mit Offenherzigkeit und Freundlichkeit, mit Nachsicht und Respekt. Das helle Deutschland – mit vielen Migrantinnen und Migranten im ehrenamtlichen Einsatz.

Dass das erste Jahr – trotz Lageso, Silvesternacht und Ansbach – so gut gelaufen ist, ist ein starkes Zeichen für die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Vitalität der Zivilgesellschaft in unserem Land.





Es soll sich trotz aller zu erwartenden Probleme auch weiter so positiv entwickeln und dafür treten wir als Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) als zentral herausgefordertes, organisierter Teil der Zivilgesellschaft ein. Die Bewältigung des gegenwärtigen und auch fortwährend zu erwartenden Andrangs von Flüchtlingen in Deutschland ist nicht nur für die Wohlfahrtspflege, sondern für nahezu alle Sektoren unserer Gesellschaft eine gewaltige Herausforderung.

„Ein Blick auf die Projekte zeigt nicht nur das Engagement und die Kraft der Ehrenamtlichen, sondern auch deren Kreativität.“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege als größter organisierter Kern der Zivilgesellschaft hat mit ihren über 1,5 Millionen Haupt- und etwa 3 Millionen ehrenamtlichen Personen, die mehr als 100.000 Angebote und Programme betreiben, diese Herausforderung vom ersten Tag an mit Engagement und Empathie angenommen. Mit vielen hundert Programmen und Organisationen, die ohnehin und immer schon auf den Gebieten der Migration, der Flüchtlingshilfe und der Nothilfe tätig sind, konnten wir vielfältige Erstunterstützung leisten. Jetzt kommt der Problemdruck allerdings auch in vollem Umfang in der Kinder- und Jugendhilfe, aber ebenso in den anderen großen Feldern sozialer Arbeit an. Es ist zu erwarten, dass sich dies noch steigert.

Ohne Ehrenamtliche war und ist das nicht zu schaffen. Aber nicht in Ersatzbefüllung dort, wo eigentlich der Staat zuständig ist. Wer die ehrenamtliche Arbeit in der Wohlfahrtspflege als

Sparreserve für öffentliche Haushalte behandelt oder betrachtet, der handelt nicht nur unfair, sondern er versündigt sich am gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Insgesamt wurden in diesem Programm ca. 330 Projekte an ca. 260 Standorten gefördert. Alle relevanten Sektoren der Freien Wohlfahrtspflege als Träger waren vertreten: Sprachförderung, Ämterbegleitung, Ärzte, Asylberatung, Hilfe im Wohnungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Einführung in den deutschen Alltag, Kinderbetreuung, Übernahme von Patenschaften und viele mehr.

Die Zivilgesellschaft hat sehr eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie zu einer Vielzahl an Innovationen bereit und fähig ist. Diese umfangreiche ehrenamtliche Arbeit wurde im Programm von ca. 150 Menschen im Hauptamt unterstützt. Die Koordinierung und die Qualifizierung von ehrenamtlicher Hilfe bleiben auch in Zukunft eine zentrale Herausforderung.



Grußwort von Staatsministerin Aydan Özoğuz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich sehr, dass das Projekt „Koordination, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ eines der ersten und größeren Projekte war, das ich als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration anstoßen durfte. Erstmals sind hierzu auch finanzielle Mittel zu Verfügung gestellt worden, was für Beauftragte der Bundesregierung keine Selbstverständlichkeit darstellt. Gerade das so wichtige ehrenamtliche Engagement verdient Würdigung und ich hatte bereits mehrfach die Freude, einige der vielen verschiedenen Projekte und ihre haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer persönlich kennenzulernen.

Meine Hoffnung ist, dass neben diesem Bild der Not und der Krise auch das Bild von der deutschen Willkommenskultur in die Geschichte eingehen wird, was in diesem Ausmaß vielleicht ebenso wenig zu erwarten war wie die vielen Geflüchteten. Viele Menschen sind neugierig auf die Ankommenden zugegangen und haben unmittelbar Hilfe angeboten. Diese Bilder gingen um die Welt und zeichneten ein Portrait der Deutschen als ein hilfsbereites, offenes und herzliches Volk. Das war für mich: Haltung und Stärke zeigen. Dafür steht der gut gelaunte Teil Deutschlands in Form der vielen Projekte und des ehrenamtlichen Engagements.

Leider gibt es zugleich auch die dunkle Seite Deutschlands. Im letzten Jahr hatten wir einen Zuwachs von über 500 Prozent an Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und über 1000 Angriffe auf Personen zu verzeichnen. Ich glaube, dass alle, die sich für die Geflüchteten engagieren, dafür sorgen, dass es nicht noch mehr sind und auch verhindern, dass die vielen kursierenden falschen Geschichten nicht noch mehr Verbreitung finden und sich manifestieren. Besonders besorgniserregend in diesem Zusammenhang finde ich, dass auch Hilfsorganisationen und sogar Ehrenamtliche bedroht und attackiert werden.

„Wir werden es nicht zulassen, dass die ständige Wiederholung, die Stimmung würde kippen, zur selbsterfüllenden Prophezeiung wird!“



Der Herbst 2015 wird tatsächlich in die deutsche Geschichte eingehen. Dass täglich zehntausende Menschen zu uns kamen und Schutz suchten, war eine außerordentliche Situation. Zugleich ist es jedoch nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass so viele Menschen hier aufgenommen worden sind, ohne dass Deutschland deshalb untergegangen wäre. Dennoch erleben wir gerade eine Ausnahmesituation. Dass die internationale Konfliktlage sich so schnell und unmittelbar auch in unserem Land manifestiert, sind wir eigentlich nicht mehr gewohnt und kam für viele überraschend.

Dabei sind die Verschwörungstheoretiker und Pessimisten in der Minderheit. Wir werden es nicht zulassen, dass die ständige Wiederholung, die Stimmung würde kippen, zur selbsterfüllenden Prophezeiung wird! Wir haben Umfragen und Studien in Auftrag gegeben, die zeigen, dass ein ganz großer Teil derer, die sich zu Beginn engagiert haben, immer noch dabei sind. Zwar hat das Ehrenamt um etwa 10% nachgelassen, es kommen jedoch auch stets neue Menschen, Ideen und Projekte dazu und es gibt eine starke Kontinuität des Engagements, das ja von hohem zeitlichen und psychischen Aufwand seitens der



„Das so wichtige ehrenamtliche Engagement verdient Würdigung!“

Helfenden geprägt ist. Und dabei ist jede einzelne Stunde der Unterstützung unglaublich wertvoll. Dieses Engagement muss gewürdigt, aber auch professionell begleitet werden. Deshalb haben wir auch schon vor etwa 2 Jahren ein großes „Danke-schön-Essen“ für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Auswärtigen Amt organisiert. In der Zeit entstand auch die Idee, dass das ehrenamtliche Engagement strukturiert gefördert, verstetigt und verfestigt werden solle. Als ein guter und organisierter Partner mit viel Erfahrung in der Arbeit mit Ehrenamtlichen hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, insbesondere in der Person von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, herausgestellt.

Ich bin deshalb sehr froh, dass mit den 7 Millionen Euro, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden, nachhaltige Strukturen geschaffen werden konnten, die ehrenamtliche Hilfe ermöglichen und unterstützen. Wir hoffen nun auch, migrantische Organisationen hier anzudocken, um ein breites und effektives Unterstüt-

zungsnetwork in Deutschland zu haben. Dabei ist es mir wichtig hervorzuheben, dass nicht nur Projekte, sondern die ehrenamtlich Engagierten selbst gefördert werden konnten, beispielsweise durch Schulungen im Asylrecht, die sie teilweise kompetenter in Flüchtlingsfragen gemacht haben, als manchen Kommunalpolitiker.

„Menschlichkeit zu geben heißt häufig auch, Menschlichkeit zurück zu bekommen.“

Ich hoffe, dass sich auch weiterhin Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden. Menschlichkeit zu geben, heißt ja häufig auch, Menschlichkeit zurück zu bekommen. Ich hoffe, dass wir mit dieser wichtigen Arbeit den Geflüchteten und den Schwächeren in der Gesellschaft etwas Sicherheit bieten können und dass wir dem schlechtgelaunten Deutschland zeigen können, dass Angst nicht weiterhilft, wenn jemand ganz anders aussieht oder einen komischen Namen hat. Aus eigener Erfahrung kann ich zumindest sagen, dass man auch in Deutschland mit einem ungewöhnlichen Namen gut leben kann.

Mein ganz großer Dank gilt allen Engagierten, die für das helle Deutschland stehen und ich hoffe, dass wir diese wichtige Arbeit erfolgreich weiterführen können!



Workshop 1: Engagement und Partizipation geflüchteter Menschen

Organisation und Moderation: Susanne Beyer und Kemal Hür

Wie steht es um den Einbezug Geflüchteter in die Arbeit Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe? Dazu gab es zu Beginn des Workshops drei kurze Praxisbeispiele. Diese behandelten insbesondere die Motivation der Geflüchteten, selbst aktiv zu werden. Neben dem Umstand, durch die eigene positive Erfahrung ehrenamtlicher Begleitung und Hilfe und durch besondere Kompetenzen (z.B. Sprachkenntnisse) auch anderen Hilfe anbieten zu wollen, haben Geflüchtete ihren Anreiz zur Unterstützung auch als Vorbereitung auf das Berufsleben gesehen. Einkommen spielte dabei ebenso eine Rolle zur Motivation. Als weitere Gründe

zum Engagement wurden die interkulturelle Begegnung mit Ehrenamtlichen des Einwanderungslandes und das Brückenbauen zwischen Geflüchteten und Helferinnen und Helfern genannt.

Als vorteilhaft hat sich erwiesen, gemeinsame Orte des gleichberechtigten Austauschs mit dem Ziel zu schaffen, in einem heterogenen Team eine Plattform für gegenseitiges Empowerment zu schaffen, also nicht nur Aktionen für Geflüchtete durchzuführen, sondern für und mit allen Interessierten. Um Sprachbarrieren zu überwinden und Gemeinsamkeiten herauszustellen, helfen beispielsweise auch gemeinsame Aktivitäten ohne Sprache. Das Thema Flucht nicht in den Fokus gemeinsamer Aktivitäten zu stellen und den Prozess – nicht das Ergebnis – eines Projektes in den Vordergrund zu rücken, hat sich ebenfalls als ein guter Ansatz erwiesen. Dies umso mehr, wenn sich die Struktur der ehrenamtlichen Initiative frei und demokratisch entwickeln kann und die Kompetenzen aller Beteiligten dabei einbezogen werden.

Bürokratische Hürden wurden als zentrales Hindernis gelingender Integration Geflüchteter in

die Flüchtlingshilfe genannt. Zugang zu Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zu Bildungsangeboten sind weitere strukturelle Hürden für Geflüchtete zur gesellschaftlichen Teilhabe. Mangelnde Sprachkenntnisse sowie die Unkenntnis über potenzielle Möglichkeiten und Angebote stellen zumindest in der Anfangszeit weitere Teilhabebarrrieren dar. Es stellte sich auch die Frage, wie Menschen mit Migrationshintergrund, die schon längere Zeit in Deutschland leben, für ein Engagement gewonnen werden können. Langfristige Teilhabe von Geflüchteten wird auch dadurch nicht möglich, dass diese mitunter nicht längerfristig an einem Ort bleiben und häufig umziehen. Folglich gibt es auch Bedarf an kurzfristigen gemeinsamen Aktionsformen. Tatsächliche Augenhöhe ist in vielen Projekten noch nicht vorhanden. Viele verfolgen nach wie vor einen Ansatz von „charity“ und sind sich der eigenen Privilegierung nicht ausreichend bewusst.

Als wesentliche Forderungen wurden der Zugang zum Arbeitsmarkt genannt, die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie die Notwendigkeit, Migrantenselbstorganisationen einzubinden. Zudem sollten wichtige Behördendokumente übersetzt werden, einfachere Sprache bei den übrigen Dokumenten könnte sehr hilfreich sein. Es bedarf außerdem eines verlässlichen Einwanderungsgesetzes. Antirassismustrainings in Behörden sollten vorgesehen werden.

Um Partizipation zu ermöglichen, ist Aufwand nötig. Insofern ist der Einsatz von finanziellen Mitteln unerlässlich, um Strukturen zu öffnen und Teilhabe zu fördern. Dass Geflüchtete häufig in der Opferrolle gesehen werden, erschwert es für sie zudem, selbst zu Akteuren zu werden.



Workshop 2: Herausforderungen und Best Practice der Flüchtlingsunterstützung im ländlichen Raum

Organisation und Moderation: Andrea Alt und Lorenz Hoffmann

Im ländlichen Raum unterliegt die Flüchtlingsunterstützung besonderen Herausforderungen. Ziel des Workshops war es, gute Ansätze und Modelle freiwilligen Engagements im ländlichen Raum kennenzulernen sowie Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingsarbeit zu benennen, Strategien der Bearbeitung zu diskutieren und politische Forderungen für gelingende Integration herauszuarbeiten.

Die aktuelle Flüchtlingsarbeit ist strukturell bestimmt von langen Verfahren, einer Verschärfung der Gesetzeslage, Parallelstrukturen bei Behörden, schlechter Unterbringung, großen Entfernungen und marginaler Infrastruktur sowie einem Mangel an Sozialbetreuung, Dolmetscherinnen und Dolmetschern und Sprachkursen.

Die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen wird behindert durch Überforderungs- und Frustrationserfahrungen, Unkenntnis von Strukturen, Konflikten mit Behörden, mangelnden Absprachen zwischen hauptamtlich Tätigen und freiwillig Engagierten und verkrusteten Verwaltungsstrukturen.

Das Miteinander in den Kommunen wird durch Rassismus in der Bevölkerung, aber auch zwischen Geflüchteten unterschiedlicher Herkunft erschwert. Helferinnen und Helfer geraten zunehmend unter (öffentlichen) Rechtfertigungsdruck. Ein ungeklärter Integrationsbegriff führt zu Missverständnissen und Unstimmigkeiten zwischen Helfenden und Flüchtlingen.

Erfolgreiche Strategien der Akteure bestanden im konsequenten Ausbau von Netzwerken zwischen Trägern, der Bildung von Fahrgemeinschaften und der Ausstellung von Spendenbescheinigungen für Ehrenamtliche für gefahrene Kilometer, der Organisation von Videodolmetschern, Tafeln und Kleiderkammern und klarer Rollen- und Aufgabentrennung sowie regelmäßige Schulungen von Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort (Absprachen, Matching, Erstgespräche, Ehrenamtsverträge etc.). Als wichtig und erfolgreich haben sich auch die Entwicklung von Konzepten gegen Rassismus und die Einbindung des politischen Engagements der freiwillig Engagierten erwiesen. Die Einbeziehung von Geflüchteten in Projekte vor Ort stellt einen weiteren Erfolgsfaktor dar.

Als politische Forderungen für eine gelingende

Integration bzw. Inklusion Geflüchteter wurden folgende Stichworte genannt: Verstärkte Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, Sozialtickets zur Überwindung großer Entfernungen auf dem Land, ausreichende Sachmittel für freiwillig Engagierte, Ausbau der ländlichen Infrastruktur (Kitas, Schulen,

ÖPNV), ein einheitlicher verbesserter Betreuungsschlüssel, der der dezentralen Unterbringung auf dem Land Rechnung trägt, Wertschätzung des Hauptamtes, Verstetigung von Projektfinanzierungen im Sinne von Nachhaltigkeit anstatt von „Projekthopping“, kein Ausschluss bestimmter Flüchtlingsgruppen von Integrationsmaßnahmen, Abbau von strukturellem Rassismus und schließlich verbesserter Kommunikation zwischen den verschiedenen Behörden.

Viele der diskutierten Themenfelder gelten sowohl für städtische, als auch für ländliche Zusammenhänge. Dennoch sehen sich die ländlichen Regionen zusätzlich mit besonderen Problemen konfrontiert, die zu einer Verschärfung der Situation sowohl auf Seiten der Flüchtlinge, als auch bei haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden beitragen.

Hierzu gehören ganz zentral die mangelnde Mobilität und die häufig dürftige Infrastruktur. Landflucht ist nicht nur ein Phänomen der deutschen Bevölkerung, sondern auch der neu Zugewanderten. Um eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum zu erreichen, freiwillig Engagierte langfristig zu binden und Sozialneid zu vermeiden, braucht es deshalb einen Ausbau der sozialen Infrastruktur für alle. Restriktive Maßnahmen wie eine Wohnsitzauflage sind in diesem Zusammenhang als kontraproduktiv zu bewerten.



Workshop 3: Zivilgesellschaft und Kommunen: Erfahrungen der Zusammenarbeit und gesellschaftliche Chancen der Flüchtlings-solidaritätsarbeit

Organisation und Moderation: Juliane Meinhold und Stefan Kollasch

Zusammenarbeit und Vernetzung: viel beschworen, selten eingelöst. Im Zusammenhang mit der Koordination von Haupt- und Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit gilt es insbesondere, systemische Hürden zu überwinden. Eine bessere Vernetzung zwischen Ehrenamt, Facheinrichtungen, Politik und Bürokratie sind notwendig. Dabei kann diese Vernetzung und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Elemente nicht statisch erfolgen, sondern muss immer dynamisch sein. Der Fokus

der Hilfe ändert sich mitunter: Während bisher eine Willkommenskultur im Zentrum stand, rückt fortan die Arbeit für ein gutes Ankommen in den Vordergrund. Ebenso wichtig wird die Vorbereitung derer, die zurückkehren. Um den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden, ist eine verstärkte Finanzierung hauptamtlicher Tätigkeit unabdingbar. Eine solidere Finanzierung sollte allerdings nicht mit einer zentralen Steuerung einhergehen, denn auf kurzfristige Projekte ausgelegte top-down-Steuerung hat sich bisher als eher hinderlich erwiesen. Sowohl Kurzfristigkeit als auch zentrale Steuerung der Projekte sind erfolgsmindernde Faktoren. Das Abfragen und die Klärung der konkreten Bedürfnisse vor Ort haben sich als eine gute Voraussetzung für erfolgreiche Unterstützung und Hilfe erwiesen. Lokal und dezentral und auf der Basis von konkretem Wissen kann von Beginn an Eigenständigkeit gefördert werden. Ohnehin ist es wünschenswert, migran-tische Selbstorganisation von Beginn an einzube-

ziehen. Lokale Handlungsspielräume ermöglichen Kreativität und eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Auf kommunaler Ebene bestehen die Hauptprobleme einerseits in dem Umstand, dass das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und tatsächlicher Hilfe nicht stimmt. Dies hängt zu einem großen Teil damit zusammen, dass es unzählige Einzelprojekte gibt, die einer gemeinsamen Strategie ermangeln, aber zugleich zentral gesteuert werden. Durch die zentrale Steuerung sind keine schnellen dezentralen Nachbesserungen möglich, wenn sich diese aus dem Projektalltag ergeben. Jenseits grundsätzlicher finanzieller und regelungstechnischer Herausforderungen ist Sicherheit ein relevanter Faktor. Infolge des Stimmungswandels gegenüber Geflüchteten sehen sich auch Helfende zunehmend im Fokus von Anfeindungen durch das rechte Lager. In bestimmten Regionen und dabei insbesondere in den neuen Bundesländern wird das Vorhandensein sicherer Räume vermehrt ein wichtiger Faktor. Entsprechend zählen zu den zentralen Forderungen – neben der Erhöhung der Sicherheit für die lokalen Projekte – vor allem die Schaffung und Finanzierung nachhaltiger Strukturen, die eine sinnvolle Kompetenzzuweisung zwischen Kommune, Stadt, Region, Land und Bund ermöglichen. Es bedarf eines dynamischen Austauschs zwischen den verschiedenen Ebenen, vor allem zwischen Steuerung und Durchführung, um die Lernfähigkeit zu erhöhen. Geflüchtete müssen mehr einbezogen werden, um auf ihre Bedürfnisse besser reagieren zu können. Es wäre durchaus ratsam und hilfreich, einen Leitfaden mit best practices herauszugeben.



ziehen. Lokale Handlungsspielräume ermöglichen Kreativität und eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Auf kommunaler Ebene bestehen die Hauptprobleme einerseits in dem Umstand, dass das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und tatsächlicher Hilfe nicht stimmt. Dies hängt zu einem großen Teil damit zusammen, dass es unzählige Einzelprojekte gibt, die einer gemeinsamen Strategie ermangeln, aber zugleich zentral gesteuert werden. Durch die zentrale Steuerung sind keine schnellen dezentralen Nachbesserungen möglich, wenn sich diese aus dem Projektalltag ergeben. Jenseits grundsätzlicher finanzieller und regelungstechnischer Herausforderungen ist Sicherheit ein relevanter Faktor. Infolge des Stimmungswandels gegenüber Geflüchteten sehen sich auch Helfende zunehmend im Fokus von Anfeindungen durch das rechte Lager. In bestimmten Regionen und dabei insbesondere in den neuen Bundesländern wird das Vorhandensein sicherer Räume vermehrt ein wichtiger Faktor.

Entsprechend zählen zu den zentralen Forderungen – neben der Erhöhung der Sicherheit für die lokalen Projekte – vor allem die Schaffung und Finanzierung nachhaltiger Strukturen, die eine sinnvolle Kompetenzzuweisung zwischen Kommune, Stadt, Region, Land und Bund ermöglichen. Es bedarf eines dynamischen Austauschs zwischen den verschiedenen Ebenen, vor allem zwischen Steuerung und Durchführung, um die Lernfähigkeit zu erhöhen. Geflüchtete müssen mehr einbezogen werden, um auf ihre Bedürfnisse besser reagieren zu können. Es wäre durchaus ratsam und hilfreich, einen Leitfaden mit best practices herauszugeben.

Workshop 4: Konzepte zur Koordinierung und Förderung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsunterstützung

Organisation und Moderation: Elena Knežević



Eine erfolgreiche Koordinierung und Förderung ehrenamtlichen Engagements besteht aus vielen unterschiedlichen Bereichen. Im Workshop wurde zunächst herausgearbeitet, dass es die zentrale Aufgabe der Ehrenamtskoordination ist, Ehrenamtliche zu gewinnen. Um sie zu halten und angemessen zu begleiten, müssen nicht nur passende Qualifizierungs- und Stärkungsangebote entwickelt, sondern auch Formen der Anerkennung und Wertschätzung etabliert werden. Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren sind direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Ehrenamtliche und nehmen oftmals eine Management- oder Moderationsrolle ein. Außerdem vernetzen sie sich in ihren Verbänden und mit relevanten Akteuren der Flüchtlingsunterstützung.

In der Projektlaufzeit haben sich an den Standorten unterschiedliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die in Form von inspirierenden Praxisbeispielen auf Plakaten gesammelt wurden. Die Fotodokumentation zum Workshop kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: http://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Aktivitaeten/2016_Ergebniskonferenz/Workshop_4_Konzepte_Fotodokumentation.pdf

Der Workshop hat gezeigt, dass die Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung vor Ort vieles bewirken und anstoßen konnte. Das Engagement von Ehrenamtlichen brachte Veränderungen für die Wohlfahrtsverbände mit sich, wobei klar sein muss, dass das Ehrenamt das hauptamtliche Personal nicht ersetzen kann. Nach der Nothilfe beginnt jetzt die Phase der Integration der Schutzsuchenden. Auch hier ist man auf die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer angewiesen. Langfristige Planung und nachhaltige Finanzierung der Projekte haben daher höchste Priorität. Zur weiteren Unterstützung der Ehrenamtskoordination sollen bei einer Weiterfinanzierung in 2017 thematische und verbandsübergreifende Treffen auf lokaler Ebene stattfinden.



Workshop 5: Ehrenamtliches Engagement und Asylrecht – Fallbeispiele und die Auswirkungen auf die Praxis

Organisation und Moderation: Beate Selders und Barbara Wessel

Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Barbara Wessel, einer ausgewiesenen Expertin für Aufenthaltsrecht, Asylrecht und Staatsangehörigkeitsrecht wurden die vielfältigen möglichen Zielkonflikte vom Engagement Ehrenamtlicher mit den zuständigen Behörden diskutiert. Ein weiteres Thema war der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende und für Personen nach Abschluss des Asylverfahrens. Obwohl sich durch die veränderte Gesetzeslage neue Chancen ergeben haben, berichteten viele Workshop-beteiligte von großen Schwierigkeiten mit den Behörden, die die notwendigen Arbeitserlaubnisse erteilen müssen. Viele Mitarbeiter scheinen nicht auf dem aktuellen Stand der Gesetzgebung zu sein. Sie sind nicht informiert über die Möglichkeit der Erteilung einer Ausbildungsduldung für Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde oder über den allgemeinen Wegfall der sogenannten Vorrangprüfung. Dass die Vorrangprüfung dennoch in einigen Städten und Landkreisen weiter besteht, trägt zusätzlich zur Unübersichtlichkeit der Situation bei. Schulungen des Personals sind daher notwendig. Eine sehr negativ bewertete Gesetzesneuerung ist die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge; diese kann den Arbeitsmarktzugang erheblich behindern.

Im Hinblick auf die Vermittlung in Ausbildungs- und Arbeitsplätze spielen die Netzwerke und das Engagement Ehrenamtlicher eine wichtige Rolle, ebenso wie bei der Vermittlung von Wohnungen.



Viele Fragen an die Anwältin machten deutlich, dass das Asyl- und Aufenthaltsrecht viel zu komplex ist, als dass Laien sich schnell einarbeiten könnten. Deshalb ist eine der zentralen Aufgaben vor Ort, sich mit Professionellen – sei es Beratungsstellen oder Anwälten – zu vernetzen. Die Flüchtlingsräte sind hierfür gute Ansprechpartner. Um Probleme erkennen und sachgerecht schildern zu können, brauchen aber auch die Freiwilligen ein solides aufenthaltsrechtliches Basiswissen durch regelmäßige Schulungen.

Ein weiteres aktuelles Problem sind die Folgen verzögerter Asylanhörungen. Flüchtlinge, die monatelang auf ihre Anhörung warten müssen, konzentrieren sich schließlich auf Deutschkurse und Arbeitssuche und nicht mehr auf ihr Asylverfahren. Auch Freiwillige verkennen gelegentlich, dass die Vorbereitung auf das Asylverfahren entscheidender für die Zukunft der Betroffenen ist als zum Beispiel die Suche nach einem Praktikumsplatz. Als weitere Herausforderungen wurden die Dublin-Verfahren genannt sowie die Folgen des subsidiären Schutzstatus für die Familienzusammenführung.

Als zentrale Ergebnisse der Diskussion wurden Forderungen nach Streichung der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge festgehalten. Darüber hinaus sprach man sich für regelmäßige Schulungen für die Mitarbeiter der Ausländerbehörden aus, damit diese stets über den aktuellen Stand der Rechtslage unterrichtet sind.



Die Perspektive der Projekte

Stellvertretend und exemplarisch für die mehr als 330 Projekte zur Förderung, Qualifizierung und Koordinierung ehrenamtlichen Engagements für Schutzsuchende, die an mehr als 260 Orten in Deutschland umgesetzt worden sind, wurden fünf Projekte vorgestellt.

Projekt 1 Wegweiser: MentorInnen für Flüchtlinge

Projektträger: Inssan e.V., Berlin

Inssan e.V. (Inssan heißt Mensch auf Arabisch) bringt mit seinem Projekt junge Erwachsene zwischen 17 und 30 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte und Flüchtlinge in Berlin zusammen. Im Rahmen des Projekts sind bisher über 20 Mentorinnen und Mentoren mit Mentees in Kontakt gekommen. Sie verbringen vor allem ihre Freizeit zusammen: gemeinsames Kochen, Fußball und auch gemeinsame Moscheebesuche. Dabei sind Mentorinnen und Mentoren sowie Mentees unterschiedlicher Religionszugehörigkeit mit verschiedenen Hintergründen und unterschiedlicher Herkunft. Das Projekt hat vor allem zum Ziel, interkulturellen Austausch zu fördern. Die Treffen finden wöchentlich statt. Die Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Mentees auch bei Behördengängen, schulischen oder beruflichen Fragen und helfen bei der Orientierung im neuen Umfeld.

Die Mentorinnen und Mentoren im Projekt werden durch eine Ausbildung auf ihre Aufgaben vorbereitet. Diese umfasst Workshops sowie monatliche Coachings, unter anderem in den Bereichen Flüchtlingspolitik, Demokratiebildung und interkulturelle Kompetenz. Die Mentorinnen und Mentoren unterstützen auch andere Vereine, z.B. das Netzwerk „Pankow hilft“.

Ihre gemeinsamen Freizeitaktivitäten dokumentieren sie mit Fotos und Videos. Auch führen die Mentorinnen und Mentoren mit ihren Mentees und anderen Interviews durch. Sie zeigen dadurch auf eine sehr lebendige Art und Weise ihre Lebensrealitäten auf. Diese Foto- und Video-



dokumentationen und Interviews werden auf der Website als Blog veröffentlicht. Inssan will so zeigen, wie Begegnung und Engagement für und mit Geflüchteten aussehen kann.

Inssan e.V. ist Mitglied beim Paritätischen Wohlfahrtsverband und damit als Träger von sozialen Projekten anerkannt. Projektpartner ist der Projektträger RAA Berlin mit seinem Projekt JUMA, das durch Mittel der Robert Bosch Stiftung ermöglicht wird.

Das Projekt „Wegweiser: Mentorinnen für Flüchtlinge“ wird ebenfalls finanziert durch das Partizipations- und Integrationsprogramm 2016/17 der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.

Kontakt: Natalia Loinaz (Projektkoordinatorin)
wegweiser@inssan.de
www.wegweiser-inssan.de

Projekt 2 Fachbegleitung Ehrenamt und Flüchtlingshilfe in der Region Hunsrück / Mosel

Projektträger: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchenkreise Trier und Simmern Trarbach gGmbH

Das Projekt „Fachbegleitung Ehrenamt und Flüchtlingshilfe in der Region Hunsrück / Mosel“ vermittelt Ehrenamtlichen ein Grundlagenwissen im Bereich Flucht und zu Angeboten der Migrationsarbeit. Es führt darüber hinaus Geflüchtete und freiwillig Engagierte zusammen, unter Berücksichtigung der Ressourcen und Bedarfe aller Beteiligten. Im ländlichen Raum besteht eine latente Unterversorgung bei der Unterstützung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, zudem sind Entfernungen größer und Mobilitätskosten höher. Zugleich gibt es große Chancen für die Integration Geflüchteter im ländlichen Raum.

Zu den Projektaktivitäten gehören:

- Förderung der Netzwerkstruktur zwischen Haupt- und Ehrenamt und den verschiedenen Arbeitsbereichen;
- Basisschulungen für Ehrenamtliche (z.B. rechtliche Grundlagen der Flüchtlingssozialarbeit und Grundlagenwissen aus dem Bereich Flucht);
- Qualifizierung zu grundsätzlichen Fragen der interkulturellen Arbeit;
- Andockung an niedrigschwellige Angebote im Bereich des Ehrenamts (Café-Angebote, Kunstkurse, Sprachkurse etc.).

Ziel ist eine ganzheitliche Unterstützung der freiwilligen Flüchtlingsbegleitung. Neben den Qualifizierungsmaßnahmen gibt es folgende Unterstützungsangebote:

- Regelmäßige offene Ehrenamtssprechstunden;
- Einen „Stammtisch“ zum Erfahrungsaustausch;
- Themenabende;
- Workshops zur Erarbeitung von Schwerpunktthemen, deren Arbeitsergebnisse auf der Website des Projekts vorgestellt werden;
- Newsletter und Austausch über einen Mailverteiler.

Häufig kommen die Ehrenamtlichen aus Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen, aber auch aus anderen gesellschaftlichen Initiativen und Institutionen. Daher besteht bereits viel Erfahrung in der Durchführung von Projekten mit Geflüchteten. Durch ihre Beratung in den Migrationsfachdiensten der Diakonie gibt es gute Chancen, Menschen mit Fluchterfahrung für ein Engagement zu gewinnen.



Kontakt: Okka Senst (Projektdurchführung)
senst@diakoniehilft.de
www.fluechtlingshilfe-rhk.de

Projekt 3 Kulturbuddys

Projektträger: youngcaritas Berlin, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Die Kulturbuddys wurden im Herbst 2015 von der youngcaritas Berlin gestartet, die als Teil des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. das Engagement junger Freiwilliger fördert. Die Kulturbuddys sind eine bunte Gruppe junger Engagierter mit und ohne Fluchthintergrund, die zweimal im Monat kulturelle Aktivitäten unternehmen. Da es eine hohe Nachfrage nach Unterstützungs- und Begegnungsmöglichkeiten mit Menschen gibt, die in Deutschland ankommen, bieten die Kulturbuddys hier eine Gelegenheit des direkten Kontakts. Dies geschieht auf einer kreativen und unbeschwernten Ebene, die einen offenen und lockeren Austausch ermöglicht. Das Projekt soll es jungen Geflüchteten ermöglichen, sich einerseits am Stadtleben zu beteiligen, andererseits auch im Austausch mit anderen jungen Menschen spielerisch die Sprache zu erlernen, Kultur zu erleben und mitgenommen zu werden in die Stadt Berlin. Die kulturellen Aktivitäten sollen eine Orientierung und ein Kennenlernen der Stadt ermöglichen. Darüber hinaus soll so eine Gelegenheit geboten werden, jene Menschen, die schon länger hier leben und über entsprechende Netzwerke verfügen, kennenzulernen, mit ihnen in Austausch zu treten und Unterstützungsmöglichkeiten – vielleicht auch Freundinnen und Freunde – zu finden. Im Projekt gestalten alle Teilnehmenden gleich-



berechtigt das Programm. Ob Kochkünste, die Ausbildung zum Lehrer, die Begeisterung für Musik oder das Studium der Kommunikationswissenschaften – alle können ihre Interessen einbringen. Dabei stehen das freiwillige Engagement sowie das spielerische Kennenlernen der kulturellen Hintergründe im Vordergrund. Beide Seiten erfahren mehr über Normen und Werte in Deutschland und in den Herkunftsländern der Neuzugezogenen und profitieren auf der persönlichen Ebene durch die gemeinsamen Erlebnisse. Kultur- und Freizeitaktivitäten werden durch Seminare und Workshops ergänzt, die teilweise auch von den Teilnehmenden selbst organisiert werden.

Das Projekt ermöglicht eine frühzeitige und nachhaltige Integration für die Neu-Berlinerinnen und -Berliner und sensibilisiert für Toleranz und Offenheit gegenüber Menschen und Kulturen. Im Gespräch werden gedankliche Grenzen geöffnet sowie Vorurteile und Berührungsängste abgebaut. So stellen die gemeinsamen Erlebnisse und Weiterbildungen eine Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit her und es entstehen tragfähige unterstützende Beziehungen zwischen den Teilnehmenden.



Kontakt: Judith Wiedenhöft und Elena Liesenfeld
j.wiedenhoeft@caritas-berlin.de
e.liesenfeld@caritas-berlin.de
www.youngcaritas.de/kulturbuddys

Projekt 4 „HerzlichAnkommen“-Rostock Aus Helfer/-innen werden Ehrenamtliche

Projektträger: Bürgerliches Engagement für Flüchtlinge in der AWO, AWO-Sozialdienst Rostock gGmbH

Das Projekt „HerzlichAnkommen“-Rostock ist ein Projekt zur hauptamtlich begleiteten und geführten ehrenamtlichen Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe. Die AWO-Sozialdienst Rostock gGmbH hat sich u.a. zur Aufgabe gemacht, Ehrenamtliche zu begleiten, sie zu schulen und bedarfsorientiert und trägerübergreifend in Einrichtungen der Flüchtlingshilfe einzusetzen. Zusätzliche Angebote, Unterstützungen und Hilfestellungen in verschiedenen Bereichen der Aufnahmegesellschaft, aber auch eigene Projekte können so umgesetzt werden.

Die Koordinierungsstelle bildet ein Scharnier zwischen Bedarf und Angebot, Hauptamt und Ehrenamt sowie großen und kleineren Trägern bzw. Initiativen. Seit März 2016 ist die Koordinierungsstelle Ansprechpartnerin für interessierte und aktive Ehrenamtliche, für Hauptamtliche in den Einrichtungen sowie für alle in der ehrenamtlichen Netzwerkarbeit aktiven Partner.

Die Koordinierungsstelle setzt zur Zeit vier Kleinprojekte um:

1. Mobile Frauen: Gemeinsam mit einheimischen Frauen lernen geflüchtete Frauen Fahrradfahren und die notwendigen Verkehrsregeln;
2. Kunstprojekt: Keine Therapie, aber eine Möglichkeit, die eigenen Empfindungen in Form von Fotografie, Malerei oder als Comic umzusetzen;
3. Berufsfelder entdecken: Welche Berufe gibt es in Deutschland? Was sind die Inhalte und was passt zu mir? Gemeinsam mit interessierten Jugendlichen werden Werkstätten und Betriebe besucht;
4. Nachbarschaftshilfe leben: Mit zwei unterschiedlichen Ansätzen werden Anwohnerinnen und Anwohner sowie Nachbarinnen und Nachbarn zu Unterstützenden:
 - Eine mobile Holzwerkstatt in einer Gemeinschaftsunterkunft, um den Bewohnerinnen und Bewohnern mit den Ehrenamtlichen die Möglichkeit zu geben, die Unterkunft nach eigenen Vorstellungen zu gestalten (Sitzmöbel für draußen, Stauraum in den Zimmern etc.);
 - Monatliche Familiennachmittage im Hort der Grundschule, um Fragen zu beantworten, gemeinsam zu basteln, Unterstützung beim alltäglichen Briefverkehr zu bieten und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Durch die Förderung konnten neue Netzwerke entstehen, Bürgerinitiativen unterstützt und neue Ehrenamtliche gewonnen, begleitet und in konkrete Projekte vermittelt werden. Auch viele Menschen mit Fluchterfahrung engagieren sich in den Projekten und sind im stetigen Austausch mit der Koordinierungsstelle.

Kontakt: Maren Müller
maren.mueller@awo-rostock.de



Projekt 5 Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen

Projektträger: DRK Landesverband Hessen e.V. in Kooperation mit der Hochschule RheinMain Wiesbaden

Jana Ripp und Timon Gottfried, beide Studierende des Studiengangs „Media: Conception and Production“ der Hochschule RheinMain in Wiesbaden, setzten sich im Rahmen ihrer Bachelorarbeit mit dem Thema der Flüchtlingsarbeit auseinander. Dabei interessierten sie sich vor allem für das, was in der Fernsehberichterstattung in der Regel nicht gezeigt wird: Für die Bilder jenseits der dramatischen Nachrichten und für die Bilder der zwischenmenschlichen Begegnungen im fremden Land.

Dafür besuchten und begleiteten Jana und Timon Ehrenamtliche des DRK in Hessen bei ihren Tätigkeiten und befragten sie nach ihren ganz persönlichen Beweggründen für ihr Engagement. Dabei sind fünf kurze Filme entstanden, die die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements und der sich engagierenden Personen veranschaulichen. In den Filmen werden Menschen portraitiert, die direkt von der Projektförderung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration profitieren.

Der DRK Landesverband Hessen e.V. setzt die ihm zur Verfügung stehenden Mittel insbesondere im Rahmen von Seminaren und Fortbildungen ein. Themen der Veranstaltungen waren beispielsweise der Umgang mit traumatisierten



Flüchtlingen, interkulturelle Sensibilisierung, Sprachtrainings für Flüchtlinge, Grundlagen des Asylverfahrens, Argumentationstrainings gegen Rechts und Alphabetisierungskurse für Flüchtlinge. Auch wurden regionale Projekte gefördert, die sich mit der Integration vor Ort beschäftigen. So setzten die DRK-Kreisverbände Urban-Gardening-Projekte um und richteten Begegnungscafés ein oder organisierten Ausflüge zu örtlichen Sehenswürdigkeiten.



Kontakt: Bettina Kratzer
bettina.kratzer@drk-hessen.de

Podiumsgespräch: Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Projekten zur „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des Ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“

Mit Aydan Özoğuz, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock und den VertreterInnen von Projekten: Hilal Sezgin (Mentorin, Inssan e.V.), Rabah-Melodie Moussa (Diakonie Mitteldeutschland) und Ali Firat (Yekmal e.V.)
Moderation: Breschkai Ferhad, Kulturmanagerin

Auf die Frage nach ihren Erwartungshaltungen in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten, hob Hilal Sezgin zunächst hervor, dass es ihrer Ansicht nach wichtig ist, die Geflüchteten nicht als eine homogene Gruppe zu betrachten. Es gebe unzählige verschiedene Biografien und Schicksale und es sei wichtig, ihnen ein Sprachrohr zu geben, anstatt sie auf ihre Integrierbarkeit hin zu prüfen. Niemand definiere Integration, aber sehr wohl die Liste an Erwartungen an Flüchtlinge. Integration sei aber keine Einbahnstraße und man müsse auch auf die Geflüchteten zugehen und sich von dem Blick lösen, sie seien defizitär. Alle können stets dazulernen.

„Integration ist keine Einbahnstraße.“

Hilal Sezgin hob nochmals hervor, dass Flüchtlinge zu häufig als politische oder soziale Objekte betrachtet würden und dass das Persönliche oft zu kurz komme. Ihr sei es ein ganz persönliches Anliegen, Menschen zu einer Stimme zu verhelfen, anstatt über sie zu reden. Rabah-Melodie Moussa berichtete als Projektleiterin der Diakonie Mitteldeutschland von ihren Erfahrungen mit der freiwilligen Flüchtlingsarbeit im ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Während in den Städten die Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen in guten Strukturen und kompetenter Begleitung durchgeführt werden könne, seien die Gegebenheiten im ländlichen Raum komplizierter. Entweder bestehe die Situation, dass es kaum Strukturen in Form von Hauptamtlichen und wenige Freiwillige, dafür aber sehr viele Flüchtlinge gebe. Oder viele Ehrenamtliche warten schon darauf, helfen zu können, die wenigen Flüchtlinge würden aber nicht bleiben. Dabei hob Frau Moussa hervor, wie wichtig es sei, dass die bestehende Arbeit dauerhaft und institutionalisiert fortgeführt werde, um Erfolge bei der Integration erzielen zu können. Es verunsichere die Ehrenamtlichen, wenn die Möglichkeiten der Fortführung der Arbeit innerhalb der geschaffenen Strukturen ungewiss seien. Gerade in Gegenden mit einem hohen Anteil an Rechtsextremisten sei dies besonders problematisch. Das Aufrechterhalten geschaffener Strukturen trage zur Stärkung eines weltoffenen Deutschlands bei.

„Das Aufrechterhalten geschaffener Strukturen trägt zur Stärkung eines weltoffenen Deutschlands bei.“

Ali Firat sieht auch in einer Großstadt wie Berlin viele Herausforderungen. Der Verein Yekmal e.V. wurde früher von kurdischen Flüchtlingen gegründet und hilft auch aktuell Flüchtlingen.





Der Bedarf sei enorm, könne aber nicht immer gedeckt werden. Außerdem sei in Berlin die Unterbringung von Geflüchteten in Sporthallen zunehmend unzumutbar. Die Menschen bräuchten dauerhaft Hilfe und dafür müsse Sorge getragen werden.

„Die Schaffung von Strukturen braucht Zeit.“

Darauf entgegnete Aydan Özoğuz, dass die Abstimmungsprozesse im Bundestag ihre Zeit benötigten und dass sie unterdessen auch dafür Werbung mache, dass mittelfristig ein eigenes

Ministerium für Integration eingerichtet werde. Frau Özoğuz hob dabei hervor, dass es nicht ewig auf Basis der koordinationsintensiven Projektarbeit weitergehen könne – der Abstimmungsaufwand zwischen den Ministerien einerseits und schließlich mit den Wohlfahrtsverbänden und Ehrenamtlichen und Projekten andererseits sei zu ressourcenintensiv. Man müsse weiter in die Zukunft denken und dabei müssten je nach Bedarf einige Projekte hoch- und andere heruntergefahren werden. Es bedürfe einer Verstetigung von Strukturen, die sich am Bedarf orientieren können. Die Schaffung solcher Strukturen bräuchte allerdings Zeit. Im Moment kämpfe sie daneben mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, im nächsten Haushaltsjahr Mittel für die Fortführung der derzeitigen Projekte zu erhalten.

„Wir brauchen ein Bundesministerium für Integration und Einwanderung!“

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock bekräftigte als Vertreter der Interessen der Mitgliedsverbände und -organisationen die Forderung nach einem Bundesministerium für Integration und Einwanderung. Eine gefestigte Struktur sei sehr wichtig. Überdies unterstreiche dies auch die Haltung der Bundesregierung zu Deutschland als Einwanderungsland. Dieses Statement hervorzuheben, sei wichtig. Zudem würde die Schaffung einer solchen Institution auch die Zahl der Ansprechpartner



Podiumsgespräch: Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Projekten zur „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des Ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“

» reduzieren und schnellere Amtswege bedeuten. Über die gute Zusammenarbeit mit dem Haushaltsstab von Frau Özoğuz zeigte sich Prof. Dr. Rosenbrock froh und dankbar, weil der Koordinierungsaufwand enorm sei. Die Themen Flucht, Migration und Einwanderung würden in Zukunft nicht plötzlich aufhören, sondern zu einer Dauerherausforderung. Dies werde nicht ohne die in Deutschland so starke Zivilgesellschaft zu bewältigen sein. Deswegen müsse das Ehrenamt auch materiell gestärkt und nicht nur symbolisch geehrt werden. Das jetzige Projekt solle zur Mitarbeit animieren und zeigen, was alles möglich sei. Trotz seiner Größe erreiche es nicht flächendeckend alle Bedürftigen. Um aber eine solche Breitenwirksamkeit zu erreichen, bedürfe es zuverlässiger und zahlungskräftiger Partner. Zentraler Bestandteil bei der Koordination zwischen haupt- und ehrenamtlicher Arbeit sei die Netzwerkarbeit. Die Diakonie Mitteldeutschland



organisiere zu diesem Zweck Fachtage für die Hauptamtlichen die einen intensiven Austausch ermöglichen, berichtet Rabah-Melodie Moussa. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammenzubringen, sei essenziell für den Erfahrungsaustausch. Für die über 5000 Ehrenamtlichen seien Fachtage in der Form allerdings nicht möglich, es würden aber thematische Veranstaltungsreihen in verschiedenen Orten organisiert, die einen Rahmen für Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie unter den Ehrenamtlichen selbst böten. Hier seien in relativ kurzer Zeit stabile Strukturen geschaffen worden. Der verstärkte Einbezug von migrantischer Selbstorganisation müsse intensiv vorangetrieben werden, weil hier eine bewährte Expertise für erfolgreiche Integration und vor allem für interkulturelle und sprachliche Kompetenzen vorhanden sei, stellte Ali Firat heraus. Diese würden auch häufig von anderen Vereinen und Organisationen angefragt. Gerade die Multilingualität der Ehrenamtlichen schaffe eine große Nachfrage. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock hob in diesem Zusammenhang hervor, wie wichtig migrantische Selbstorganisation sei. Die Verbände hätten eine sehr klare Haltung dazu: Deutschland sei vielfältig – und das sei auch gut so. Man sehe die Migran-



tinnen und Migranten als Bereicherung für das Land und auch deshalb würde migrantische Selbstorganisation seitens der Verbände auch stark unterstützt. Die Verbände seien offen, zuzuhören und hätten ein großes Interesse daran, Autonomie zu fördern. Man wolle keinen Mainstream, sondern Buntheit und Vielfalt.

„Wir müssen die Normalität von Vielfalt sichtbar machen.“

Dazu bemerkte Aydan Özoğuz, dass Deutschland zwar schon eine gute Entwicklung hinsichtlich der Integration von Menschen mit Migrationshinter-



grund hinter sich habe, aber es bestünden noch einige Herausforderungen fort. Beispielsweise würde ein Anschlag auf sie selbst, geborene Hamburgerin und deutsche Ministerin, als eine fremdenfeindliche Straftat eingestuft, weil sie in zweiter Generation aus einer Migrantenfamilie stamme. Gesellschaftliche Veränderung und Lernprozesse vollzögen sich nicht sehr schnell. Es sei beispielsweise mühsam gewesen, sechs migrantische Dachverbände in das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einzubringen und eine strukturelle Förderung zu erwirken. Dabei ziele sie darauf ab, dass nicht zwischen migrantischen und nationalen Förderstrukturen getrennt werde. Die Förderstrukturen sollten sich vielmehr normalisieren und nicht in Konkurrenzverhältnissen zueinander gedacht werden; was der Arbeitsrealität auch schon gelebt würde. Das müsse auch politisch umgesetzt werden, etwa in Form von zentralen Anlaufstellen. Man müsse die vorhandene vielfältige Expertise gemeinsam nutzen. Die Normalität der Vielfalt müsse sichtbar gemacht werden, was mit diesem Projekt in Teilen auch schon gelungen sei.

Die Perspektive von Geflüchteten und Ehrenamtlichen

„Blickwechsel - Welche Hilfe heißt Willkommen?“: Titel und Fragestellung der Filmreihe von Julia Oelkers bildeten den Auftakt zur Auseinandersetzung mit der Perspektive von Geflüchteten und Ehrenamtlichen. Im Film wurden Geflüchtete gefragt, welche Art von Hilfe für sie für sinnvoll erachten und was ihre Erfahrungen mit freiwillig Engagierten waren. In vier weiteren Videoclips befragen Flüchtlinge freiwillig Engagierte zu deren Motivation.

Die Filme wurden 2016 gedreht und sind auf der Internetseite www.fluechtlingshelfer.info/projekte/filmprojekt/ zu sehen.

Podiumsgespräch und Publikumsdiskussion zum Filmprojekt „Blickwechsel: Welche Hilfe heißt Willkommen?“

Mit der Regisseurin Julia Oelkers und den Protagonistinnen und Protagonisten des Filmprojekts, Sharmila Hashimi, Journalistin, geflüchtet aus Afghanistan und Thomas Mboya Ochieng, Journalist, geflüchtet aus Kenia
Moderation von Breschkai Ferhad, Kulturmanagerin

Während der Diskussion zeigte man sich im Publikum dankbar für die offene Rückmeldung und Reflektion zur eigenen Arbeit. Dabei wurde der Hinweis von Thomas Mboya Ochieng im Film, dass Flüchtling zu sein kein Status, sondern eine Situation sei, als zentral für das Verständnis der Situation Geflüchteter verstanden. Auch der Umstand, dass der Vorgang des Helfens mitunter eine Hierarchie manifestiere, wurde als problematisch wahrgenommen – teilweise gingen Hilfsangebote und Hilfsbedarf auseinander. Es wurde gefragt, ob sich die Situation mittlerweile geändert habe.



Sharmila Hashimi berichtete von ihrer Situation direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland, wo nicht jede angebotene Hilfe brauchbar war. Wenn man im Wohnheim bis zwei Uhr nachts auf eine warme Dusche warten müsse, sei das Interesse an einem Museums- oder Theaterbesuch eher begrenzt. Eine gute Hilfe war hingegen, Vernetzungsmöglichkeiten mit weiteren Journalisten zu finden und Kontakte knüpfen zu können. Mittlerweile hätte sich die Situation in den Wohnheimen allerdings positiv verändert und es gebe mehr und bessere Informationen. Insofern hätten die Ehrenamtlichen auch dazugelernt.

Thomas Mboya Ochieng arbeitet mittlerweile selbst als Flüchtlingshelfer in Bernau. Seit seiner Ankunft in Deutschland 2009 habe sich einiges geändert. Jetzt gebe es unzählige Projekte und Angebote, was gut sei. In seiner Tätigkeit sei es sehr vorteilhaft, die Bedürfnisse der Ankommenden zu verstehen und ihre Sorgen zu kennen. Seinen Kolleginnen und Kollegen in der Flüchtlingshilfe empfehle er stets, Kontakt zu den Menschen zu suchen und zu versuchen, ihre Situation zu verstehen. Man müsse aktiv auf sie zugehen und das Gespräch suchen, weil alle individuelle Herausforderungen zu bewältigen hätten. Flüchtlinge würden eher keine Flyer lesen. Für ihn, selbst mit Fluchthintergrund, sei es vorteilhaft, dass er einfach in die Unterkünfte gehen und die Menschen fragen könne, was sie beschäftige. Es sei wichtig, ohne Erwartungshaltung auf die Menschen zuzugehen. Wenn sie sich um ihre Familien sorgen und auf den nächsten Brief vom Gericht warten, hätten sie eher keine



„Flüchtling ist kein Status oder ein Titel, das ist eine Situation.“

Lust auf Fußball. Eine weitere Schwierigkeit bestehe in dem Umstand, dass gut ausgebildete Geflüchtete teilweise ihre Urkunden und Zertifikate nicht mitnehmen konnten und entsprechend Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt hätten. Er plädierte dafür, die Menschen in solchen Fällen genauer zu befragen oder zu testen.

„Es ist wichtig, auf die Menschen zuzugehen und sie nach ihren Bedürfnissen zu fragen, anstatt ihnen Flyer in die Hand zu drücken.“

Sharmila Hashimi wurde gefragt, was vor ihrer Flucht aus Afghanistan ihre Erwartung von Deutschland gewesen sei. Sie habe keine Erwartungshaltung gehabt, berichtete sie, denn sie hatte keine Ahnung davon, wo sie landen würde – seitens der Schlepper gab es keine



Auswahlmöglichkeit. Irgendwann zwischen Deutschland und Italien wurde sie gefragt, in welches Land sie wolle und so sei sie eher durch Zufall in Deutschland gelandet. In der ersten Unterkunft habe es keine Tür für ihr Zimmer gegeben und das Aufsichtspersonal sprach kein Englisch. Sie war auch verblüfft, dass das Personal der Migrationsbehörden keine Ahnung von möglichen Fluchtmotiven hatte und eher Wirtschaftsfucht unterstellte. Zusammenfassend habe sie zwar keine Erwartungshaltungen gehabt, eine solche Situation habe sie allerdings überhaupt nicht erwartet.

Auf die Auswahlkriterien für die Protagonistinnen und Protagonisten, beide Journalisten, angesprochen, sagte die Regisseurin Julia Oelkers, dass sie es für wichtig befunden hatte, dass die Menschen schon Interviewtechniken beherrschen würden, weil es sonst ein eher medienpädagogisches Projekt geworden wäre. Gerade erst Angekommene hätten überdies neben der anfänglichen Überforderung durch die Flucht weder die Muße für ein solches Projekt, noch genügend Erfahrung mit Ehrenamtlichen. Gerade aufgrund ihrer Erfahrungen konnten Sharmila Hashimi und Mboya Ochieng gezielte, pointierte und unerwartete Fragen stellen.

„Nicht alle müssen Schweinefleisch essen und Bier trinken.“

Sharmila Hashimi hob abschließend hervor, dass Integration von Respekt, Vielfalt und Menschlichkeit geprägt sein solle. Dies bedeute eben nicht, dass alle Schweinefleisch essen und Bier trinken müssten.

Die Perspektive der Wissenschaft

In zwei kurzen Vorträgen wurde über den Stand der Forschung zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit berichtet.

Vortrag Dr. J. Olaf Kleist, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück

Dr. J. Olaf Kleist stellte die Ergebnisse zweier Umfragen vor, die 2014 und 2015 unter Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe deutschlandweit durchgeführt wurden. Diese die Ergebnisse zusammenfassende, sogenannte EFA-Studie* (Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit) untersuchte Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland.

„Es ist eine neue Gesellschaft der Offenheit entstanden.“

Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sei kein neues Phänomen, führte Dr. Kleist ein. Flüchtlingen sei immer geholfen worden; dies sei oft direkt in der Nachbarschaft entstanden. Die gegenwärtige

Situation stelle allerdings in ihrem Ausmaß einen gewissen Sonderfall dar. Auffällig im Vergleich der beiden Umfragen von 2014 und 2015 sei, dass sich die Zusammensetzung unter den Ehrenamtlichen der deutschen Bevölkerungsnormalverteilung annähere: Alters- und Erwerbsstatus hätten sich angeglichen. Während Studierende unter den Ehrenamtlichen 2014 noch 22,9 Prozent ausmachten, sank diese Gruppe 2015 auf 11 Prozent ab und der Anteil der Werkstätigen stieg

in der Zeit von 41 auf 50 Prozent an. Die Hälfte der Ehrenamtlichen sei also auch berufstätig, der Gesamtschnitt der deutschen Bevölkerung sei hier 52 Prozent. 2014 fand ehrenamtliche Arbeit noch eher in großen Städten statt, 2015 verstärkt in kleineren Gemeinden und im ländlichen Raum. Insofern habe ein Mainstreaming oder eine Normalisierung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit

stattgefunden – sie käme in der deutschen Mittelschicht an. Allerdings sei der Frauenanteil unter den Ehrenamtlichen überdurchschnittlich hoch: Schon 2014 waren zwei Drittel der Freiwilligen weiblich; das habe sich 2015 noch auf drei Viertel gesteigert.

In der Altersgruppe der unter 50-jährigen seien sogar 80 Prozent der Ehrenamtlichen weiblich. Dies sei besonders bemerkenswert im Vergleich mit der Verteilung der Geschlechter unter Rechtsextremen und rechtspopulistischen Bewegungen. Diese seien mehrheitlich männlich dominiert. 90 Prozent der befragten freiwillig Helfenden gaben an, mit ihrer Hilfe auch gegen Rechtsextremismus in ihrer Nachbarschaft eintreten zu wollen, 97 Prozent wollten die Gesellschaft ein wenig zum Guten verändern. Ehrenamtliche, die schon mehrere Jahre dabei seien, verstünden ihre Arbeit durchaus als eine politische, während für neu Anfangende eher emotionale Motive eine Rolle spielten.

„Ehrenamt ist weiblich, Rechtsextremismus männlich geprägt.“

Eine weitere Veränderung bestehe in der Art und Weise der ehrenamtlichen Arbeit: Während 2014 noch Integration im Zentrum stand, war der Schwerpunkt 2015 wieder die Nothilfe – auch, weil staatliche Strukturen versagten. Dabei nehme ein signifikanter Teil der Aufgaben der Helfenden die Organisation der Arbeit selbst ein, weil organisatorische Strukturen fehlen. Über 50 Prozent der Befragten hätten in dem Zusammenhang angegeben, dass sie ihrer Einschätzung nach bei ihren Tätigkeiten eigentlich staatliche Aufgaben übernehmen würden. Hier sei eine neue Art der Zivilgesellschaft entstanden, so Dr. Kleist, die offen sei für neue Mitglieder und die den Raum zwischen hoheitlichen Aufgaben und privatem Engagement ausfüllen könne. In der Regel richtete sich zivilgesellschaftliche Arbeit nach innen, also auf die eigene Bevölkerung. Diese aktuelle neue Formierung der Zivilgesellschaft, wo Zugezogenen so umfangreich und proaktiv geholfen würde, könne als eine Entwicklung zur Einwanderungsgesellschaft gelesen werden.



Vortrag Prof. Dr. Paul-Stefan Roß, Institut für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule Baden-Württemberg

Prof. Dr. Paul-Stefan Roß hat mit seinem Team vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule Baden-Württemberg das Projekt „KoordinatorInnen der Flüchtlingshilfe“ im Rahmen der Aktion „Neue Nachbarn“ der Erzdiözese Köln evaluiert**.

Einführend erläuterte Prof. Dr. Roß das von ihm und seinem Team untersuchte Projekt: An 15 Orten im Erzbistum Köln wurden Koordinationsstellen zur Unterstützung Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe geschaffen, die sie wissenschaftlich begleitet haben.

Es sei eine komplexe Netzwerkstruktur mit lokalen, regionalen und überregionalen Knotenpunkten geschaffen worden, die auf der Ebene der

konkreten Hilfe vor Ort tatsächlich geeignet war, Nutzen zu stiften. Dabei konnten durch Vernetzung von Fachstrukturen aus

„Inklusion ist der zentrale Begriff.“

den Integrationsdiensten, Engagementförderung des Freiwilligenmanagements und den sozialräumlichen Strukturen der Kirchengemeinden vielfältige Ressourcen erschlossen werden. Diese Struktur ermöglichte ein pragmatisches und experimentelles Vorgehen, weil fluide Lernprozesse möglich waren.

Zweite zentrale Erkenntnis der Studie, in deren Rahmen auch Ehrenamtliche zu ihrer Arbeitssituation befragt wurden, sei ein gesellschaftlicher Stimmungswandel gewesen: Während Ehrenamtliche zuerst für ihre Arbeit gelobt wurden, sei mit der Zeit ein zunehmender Rechtfertigungszwang entstanden. Bezeichnend sei dabei, dass offene Besorgnis und Ressentiments nicht von extremistischen Rändern der Gesellschaft hervorgebracht wurden, sondern aus der gebildeten Mittelschicht kamen.

„Von der Willkommenskultur zur Teilhabekultur, vom Feuerwehrbetrieb in den Normalbetrieb.“

Das Engagement für Geflüchtete sei nun in eine neue Phase getreten: Von der „Willkommenskultur“ gebe es eine Entwicklung zur „Teilhabekultur“. Dies sei eine langfristige Herausforderung, die nachhaltige Unterstützungsstrukturen erfordere. Die eigentliche Aufgabe liege noch vor uns: Nach Nothilfe und Willkommenskultur stelle



sich nun die Frage, wie gesellschaftliche Teilhabe strukturell möglich werden kann. Und Inklusion – Teilhabe – sei hier der bessere Ausdruck als der der Integration, unterstrich der Redner. Der Begriff Inklusion fasse nämlich die wichtige Aufgabe, Unterschiede nicht zur Ausgrenzung führen zu lassen, besser als der der Integration.

Die aufgebauten Unterstützungsstrukturen müssten also nun vom Feuerwehrbetrieb in den Normalbetrieb übergehen, also etabliert und in nachhaltige Strukturen überführt werden. Auf kommunaler Ebene würde leider teilweise schon darüber nachgedacht, die Mittel zur Erstaufnahme nun, da die erste Welle abgeebbt sei, anderweitig einzusetzen.

Literaturhinweise:

* Serhat Karakayali, J. Olaf Kleist: EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin 2015, abrufbar unter http://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf
Im Dezember 2016 wird eine weitere Umfrage durchgeführt und Dr. Kleist würde sich sehr freuen, wenn sich möglichst viele Menschen beteiligen.

** Weitere Informationen zur Evaluation von Prof. Dr. Roß finden Sie unter: <http://www.ifas-stuttgart.de/index.php/projekte/aktuelle-projekte/177-koordinationskraefte-zur-unterstuetzung-kirchlicher-fluechtlingshilfe-raahmenbedingungen-erfolgsfaktoren-empfehlungen>

Fragen aus dem Publikum an Dr. J. Olaf Kleist und Prof. Dr. Paul-Stefan Roß

Die erste Frage aus dem Publikum, inwieweit in der EFA-Studie auch das Bildungsniveau berücksichtigt wurde, richtete sich an Dr. Kleist. Dieses sei in der Tat auch abgefragt worden, gab dieser zurück; Ehrenamtliche seien überdurchschnittlich hoch gebildet, gut 80 Prozent hätten eine Hochschulzugangsberechtigung. Insofern handle es sich bei diesem Aspekt nicht um einen klassischen Bevölkerungsdurchschnitt. Auf die Frage nach der Methodologie seiner Untersuchung erläuterte Prof. Dr. Roß, dass die Daten seiner Studie aus direkten Interviews mit Ehrenamtlichen, Koordinatoren und Hauptamtlichen stammten. Auch seien leitfragenbasierte Diskussionen mit den Ehrenamtlichen an allen 15 Standorten durchgeführt worden. Ferner sei vorgesehen, die Ehrenamtlichen für eine Online-Umfrage zu gewinnen, um die Wirksamkeit der Unterstützungsstruktur an der Basis abzufragen.

Es kam anschließend die Frage an beide Wissenschaftler auf, ob bei einer Fortsetzung der Projekte möglicherweise andere Schwerpunkte gesetzt werden müssten, etwa im Hinblick auf die Unterstützung der organisierten Verbands- und Vereinsstrukturen. Dazu bemerkte Dr. Kleist, dass ein Großteil der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit

tatsächlich jenseits etablierter organisierter Strukturen stattgefunden habe. Dieser Trend hätte sich 2015 noch verstärkt; es würde eher in selbstorganisierten Kleingruppen agiert. Insofern stelle sich die Frage, inwieweit die organisierten Verbände und Vereine diese Gruppen unterstützend erreichen könnten.

„Der Großteil der freiwilligen Flüchtlingsarbeit vollzieht sich jenseits der organisierten Wohlfahrtspflege.“

Prof. Dr. Roß ergänzte, dass es einerseits wichtig sei, Infrastrukturen für Engagement, bzw. subsidiäre organisatorische Strukturen zur Unterstützung von Freiwilligenarbeit zu schaffen – allerdings nicht allein im Bereich der Flüchtlingshilfe. Inklusion müsse auch strukturell breiter gedacht werden. Dabei müsse man sowohl die selbstorganisierten als auch die verfassten Strukturen fördern. Andererseits müssten auch verlässliche fachliche Strukturen und politische Weichenstellungen für die Einwanderungsgesellschaft geschaffen werden. So gut und wichtig die Projektarbeit sei, müsse ebenso in die Regelstrukturen investiert werden.

Wo seien die zentralen Herausforderungen und Probleme im Bereich der Flüchtlingsarbeit, wurde anschließend gefragt. Diese seien vielfältig, so Prof. Dr. Roß, es gebe viel Eskalationspotenzial im Zusammenspiel zwischen Ehrenamtlichen, Flüchtlingen sowie Hauptamtlichen. Dieses resultiere vor allem aus dem Umstand, dass Erwartungshaltungen nicht klar kommuniziert würden und Kommunikationskulturen unterschiedlich seien oder schlicht nicht zugehört würde. Es sei wichtig, Räume für offenen Austausch zu schaffen, um Missverständnisse auszuräumen und Erwartungen klar zu benennen. Sprachbarrieren seien überdies ein fortdauerndes Problem.

Prof. Dr. Rosenbrock interessierte sich für konkrete quantitative Daten im Hinblick auf Verteilungsaussagen zwischen eigenständig organisierter ehrenamtlicher Hilfe und solcher, die innerhalb der etablierten Freien Wohlfahrtspflege geleistet würde. Die Freie Wohlfahrtspflege begrüße im





Übrigen jedwedem zivilgesellschaftliches Engagement, das ja von den Wohlfahrtsverbänden repräsentiert werde. Die Wohlfahrtsverbände seien sehr offen, auch lose selbstorganisierte Strukturen zu unterstützen, die Kontinuität, Anschluss und organisatorische Betreuung wünschten. Dr. Kleist erläuterte dazu, dass in der EFA-Studie zwar nach Verbandstätigkeit, aber nicht explizit nach Engagement in Wohlfahrtsverbänden gefragt wurde. Demnach gaben 5 Prozent der Befragten an, ehrenamtlich in Verbänden zu arbeiten. Die Vereinstätigkeit ging von etwa 30 Prozent im Jahr 2014 auf etwa 12 Prozent im Jahr 2015 zurück. Die größte Organisationsform der freiwilligen Flüchtlingshilfe unter den Befragten machten mit etwa 26 Prozent überraschenderweise selbstorganisierte Gruppen aus, etwa 19 Prozent waren Initiativen oder Projekte. Dem fügte Prof. Dr. Roß hinzu, dass diese Strukturen allerdings durchaus als fließend zu verstehen seien: viele Ehrenamtliche identifizierten sich vorrangig mit den Projekten, in denen sie tätig seien, aber nicht zwangsläufig mit ihren

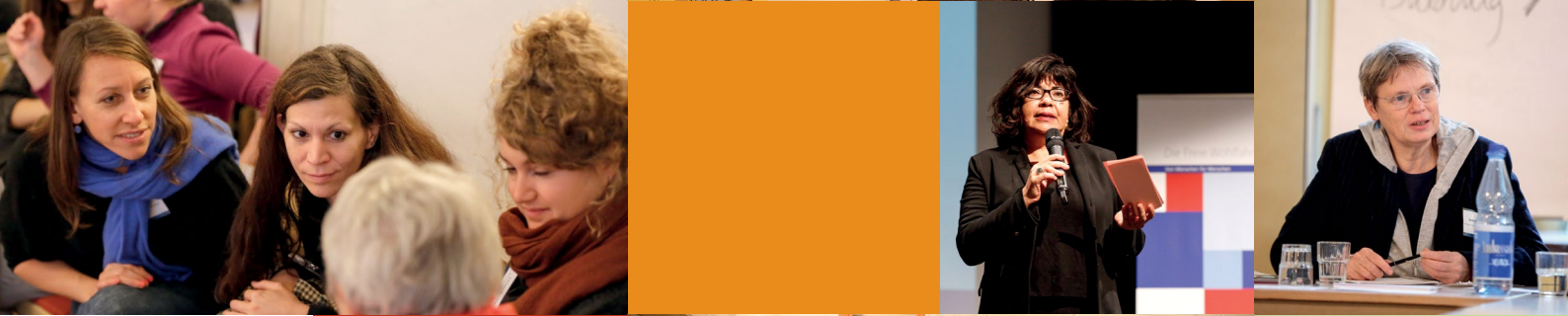
Trägern. Auch würde Unterstützung aus den Wohlfahrtsverbänden durchaus angenommen, ohne sich von diesen vereinnahmen zu lassen. Die Infrastruktur und das Know-how für diese losen Gruppen bereitzustellen, ohne sie zu übernehmen, sei ein Lernprojekt für die Verbände.

„Inklusion als überwölbender Begriff für gesellschaftliche Teilhabe und Einbezug.“

Den Begriff der Inklusion als überwölbendes Konzept für gesellschaftliche Teilhabe zu verstehen, wurde in der Folge diskutiert. Gesellschaftlicher Einbezug würde, so Prof. Dr. Rosenbrock, hauptsächlich in der Kommune zu verwirklichen versucht. Inklusion berühre viele zentrale gesellschaftliche Themenbereiche wie Quartiersmanagement, psychologische Betreuung, der Einbezug von Menschen mit Behinderungen sowie eben die Flüchtlingshilfe, woran unzählige verschiedene Akteure arbeiteten. Es gehe hier schließlich um nicht weniger, als lebenswerte kommunale Zusammenhänge ohne Ausgrenzung zu schaffen und Vielfalt zu leben. Dem pflichteten das Publikum sowie Prof. Dr. Roß bei, der hier als Hauptproblem das behördliche „Denken in Silos“ ausmachte. Ressorts und Zuständigkeiten stünden einer übergeordneten Lösungsorientierung weiter im Weg, auch wenn es bereits manche optimistisch stimmende Beispiele aus kleinen Kommunen gebe. Dabei sei die Größe der Kommunen tatsächlich entscheidend, ergänzte Dr. Kleist. Der Städte- und Gemeindebund habe das Thema auf der Tagesordnung.



Impressionen





Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

weiterführende Informationen unter: www.fluechtlingshelfer.info

